

# gemeinsam gegen

# KRIEG

## Sie feiern, damit sie Krieg führen können!

**S**ie, das ist die Bundeswehr – genauer: die 1. Panzerdivision mit Sitz in Hannover. Hannover, dessen Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD) im weltweiten Verbund »Bürgermeister für den Frieden« Mitglied ist, unterhält gleichzeitig eine Patenschaft mit dieser ersten Panzerdivision. Die BürgerInnen Hannovers wurden nie gefragt, als diese Anfang der 1980er Jahre geschlossen wurde.

Diese 1. Panzerdivision ist nicht irgendeine militärische Abteilung – es ist die entscheidende Truppe innerhalb der neuen militärischen Konzeption der Bundeswehr. Die 1. Panzerdivision stellt die so genannten Eingreifkräfte, die Stosstruppe, die sich ihrer hohen Feuerkraft rühmt. Das sind die Soldatinnen und Soldaten, die in alle Welt geschickt werden, um »friedenserzwingende« Maßnahmen durchzuführen. Den verarmten Jargon der Herrschenden beiseitegelassen und zugesehen, was die machen, wird unübersehbar: sie reden von Frieden, Frieden, Frieden – sie führen aber Krieg!

Krieg führen heißt: Angst und Schrecken verbreiten, Menschen jagen, verletzen und umbringen, Tod, Elend und Verderben bringen! Krieg führen heißt andererseits: Einer kleinen »Elite« das Töten, Plündern und Herrschen zu ermöglichen und die Kassen zu füllen.

Dazu werden die Soldatinnen und Soldaten dieser Truppe gedrillt, das ist ihre Aufgabe – gleichzeitig sind sie »Kanonenfutter«, lassen sich zu Werkzeugen

machen, die zerstören sollen und zerstört werden können – eine unselige militärische Tradition. »Humanitärer Einsatz«, »friedens-erhaltende Maßnahme«, – so werden diese Killer-Einsätze schön geredet. Doch die Erzählungen im Sinne einer psychologischen Kriegsführung, der Bau von Schulen und Brunnen, das Beschwören von Krieg als »Pazifizierungsmaßnahme« und Entwicklungshilfe vertragen sich nicht mit der Realität eines Militäreinsatzes im Dienste kapitalistischer Konkurrenz.

Eine »Arme im Einsatz« kann auf Dauer nicht funktionieren, sie wird zusammen brechen, wenn sie keinen guten Ruf genießt, wenn ihre Legitimation zum Krieg führen von immer mehr Menschen angezweifelt wird. Mehr noch, den Aussagen Militärnaher Soziologen zufolge braucht sie die aktive Unterstützung der Bevölkerung – nicht nur, damit es Nachwuchs für das blutige Handwerk gibt.

Also wird für Verstümmelung und Tod geworben, was das Zeug hält. Die Technikbegeisterten werden mit Ausstellungen von polierten Panzern oder (todbringenden) Flugshows gefangen, die Armen werden auf Werbeveranstaltungen in den Arbeitsagenturen mit todsicheren Arbeitsplätzen geködert. Mit Veranstaltungen an Schulen werden die Jugendlichen möglichst früh auf den (eigenen) Tod heiß gemacht: Krieg wird ihnen als Abenteuer, Herausforderung und – ausgerechnet – verantwortliches Handeln verkauft.

Doch damit nicht genug. Um Selbstzweifel zu übertönen und das eigene Selbstbewusstsein immer wieder zu stärken finden öffentliche Gelöbnisse und Fackelaufmärsche statt. Um sich selbst zu vergewissern, auf der richtigen Seite zu stehen, werden von der 1. Panzerdivision musikalische Messen mit Unterstützung der Kirche abgehalten wie jedes Jahr in der Vorweihnachtszeit in der Marktkirche zu Hannover.

Und nicht zuletzt wird gefeiert: »Dieser Rahmen ist alljährlich ein hervorragender Anlass, die guten Kontakte zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Politik noch weiter zu vertiefen.« So Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil, ein so genannter Bürgermeister für den Frieden, zur Soldaten-Sause »Sommerbiwak«.

Auch diese Champagner-Fete, über die die Konzern-Medien unkritisch berichten werden, soll dafür sorgen, dass es eine aktive Unterstützung der Bevölkerung für die Bundeswehr, für die 1. Panzerdivision, für deutsche Kriege um Rohstoffe, Energiequellen und geopolitische Einflussszonen geben wird. »Auch die Hyäne brauche Zähne« – so hat der Politikwissenschaftler Professor Georg Fülbert das Verhältnis der deutschen Militärmacht und der globalen Interessen deutscher Konzerne zu den amerikanischen Verbündeten, dem imperialistischen »Löwen«, beschrieben!

Wir dagegen sagen NEIN! Wir sagen NEIN! zu den Kriegeinsätzen der Bundeswehr – mit welchen Worten diese uns auch verkauft werden sollen.



Wir sagen NEIN! zu diesen Kriegeinsätzen, die das Elend im Namen der Sicherheit immer nur vergrößern. Wir sagen NEIN! zum Krieg der Reichen gegen die Armen. Wir sagen NEIN! Zur Ausplünderung der Welt. NEIN! gegen Milliarden-Steuergegeldverschwendung für Rüstung, Militär und Krieg!

Wir sagen JA! zum Frieden und zur zivilen Konfliktlösung!

Wir sagen JA! zu Völkerrecht und Menschenrechten!

Und: Wir sagen JA! zum Protest gegen die 1. Panzerdivision. JA! zum Protest gegen weltweite Kriegeinsätze.

Beteiligt euch am Aktionstag gegen die 1. Panzerdivision.

**Kommt alle zur Demonstration am 22. August 2008 vor das Congress-Centrum Hannover.**

## Das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannovers Stadtpark

Jahrelang war das Sommerbiwak eine Veranstaltung, bei der Militär, Politik, Wirtschaft und Kultur in Hannover unter sich waren. Seit ein paar Jahren gibt es Protest dagegen: diese Verbindung wird endlich in Frage gestellt.

Seit über 20 Jahren ist Hannover die offizielle Patenstadt der Panzerfreunde. Dass eine Großstadt mit einem Militärverband in verwandtschaftliche Verhältnisse eintritt, ist nicht selbstverständlich, es ist einmalig. Die Patenschaft wurde ausgerechnet in den Hochzeiten der Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre etabliert – zur selben Zeit, als die Rüstungsmesse IDEE aus Hannover verschwinden musste aufgrund der massiven Proteste.

Zum Jahresempfang der 1. Panzerdivision 2007 betonte der Kommandeur der Einheit in seiner Rede ausdrücklich, dass

das Sommerbiwak in jenem Jahr nur aufgrund der Partnerschaft mit der Patenstadt Hannover durchgeführt werden könne. So war es dann wie die Jahre davor: Der Oberbürgermeister grüßte die anderen Obersten (»wir sind stolz, an ihrer Seite stehen zu dürfen«), erhielt mit kleinen Geschenken die Freundschaft und symbolisierte in aller Öffentlichkeit die gelungene Einbindung der Kriegerinnen und Krieger in die Gesellschaft. Sponsoren des gewiss nicht preisgünstigen Feierns waren der Autobauer Audi und hannoversche Firmen wie die Brauerei Herrenhausen. Für reibungsfreie Berichterstattung sorgten wieder die Hannoverische Allgemeine Zeitung (HAZ) und die Neue Presse (NP). Wie üblich musste sich die Bundeswehr auch dieses Mal

► Fortsetzung nächste Seite

## Erster Prozess gegen AntimilitaristInnen nach Aktion in der Marktkirche

Am 28. 11. 2007 hat in der Marktkirche ein öffentliches Konzert des Heeresmusikkorps 1 der 1. Panzerdivision der Bundeswehr stattgefunden.

Erstmals wurde diese Zusammenarbeit von Kirche und Militär politisch angegriffen. AntimilitaristInnen verteilten Flugblätter und machten mit einem Transparent auf ihre Kritik am Schluß der Kirche mit der Bundeswehr aufmerksam. Sehr schnell folgte ein Großeinsatz der Polizei und die AntimilitaristInnen wurden teilweise unter massiver Gewaltanwendung aus der Kirche gedrängt. Vor der Kirche wurden die Protestierenden von Polizeikräften eingekesselt. Während die eingekesselten DemonstrantInnen auf den Abtransport ins Gewahrsam warten mussten, nahm die Polizei immer wieder wahllos und zum Teil unter erheblicher Gewaltanwendung Unbeteiligte

aus dem drum herum stehenden Weihnachtsmarktpublikum fest.

Gegen einen dieser Unbeteiligten fand am 9. 6. 2008 ein Prozess am Jugendgericht Hannover wegen angeblichem Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte und versuchter Körperverletzung statt. Dieser Prozess endete mit einer Einstellung gegen die Auflage, 150 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zu zahlen und zehn Stunden Hilfsdienst zu verrichten. Auch wenn dieser Prozess noch verhältnismäßig glimpflich ablief, gilt es weiterhin, die noch anstehenden Prozesse solidarisch zu begleiten und die von Repression betroffenen AntimilitaristInnen nicht mit den Folgen der Anti-Kriegsaktion alleine zu lassen. Es stehen noch einige weitere Prozesse an. Konkret sind noch zwei Menschen von Prozessen wegen angeblichen Widerstandes gegen Voll-

streckungsbeamte und versuchter Körperverletzung und 13 Weitere wegen Hausfriedensbruch bedroht.

Wir bitten weiterhin alle friedensbewegten Menschen, den Kirchenvorstand der Marktkirche aufzufordern, endlich die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch zurückzuziehen. Außerdem kosten die Verteidigung und mögliche Strafen viel Geld und wir möchten deswegen um Spenden für die von Repression betroffenen AntimilitaristInnen bitten. Die deutschen Kriege sind kriminell, nicht der Widerstand dagegen!

Seid solidarisch mit den betroffenen KriegsgegnerInnen!

**Spendenkonto:**  
Rote Hilfe e.V. Hannover  
Kto.-Nr. 0 010 808 878  
(BLZ 760 100 85)  
Postbank Nürnberg  
Stichwort Marktkirche

## Protest erfolgreich!

Im Juni 1999 setzte der bekannte hannoversche Steinkünstler Wilfried Behere ein Zeichen gegen den Nato-Krieg der Bundesrepublik Deutschland gegen Serbien. Er legte neben dem Holocaust-Denkmal am Opernplatz eine zuvor gespaltene Steinplatte nieder, beschriftet mit den Worten: »Nie wieder Krieg«. Indem er die Steine auseinander rückte, machte er deutlich, dass die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland schon wieder missachtet wird, dass Friedensverräter an der Regierung schon »wieder Krieg« führen.

Tatsächlich befindet sich die Bundesrepublik seit der Beteiligung am Nato-Angriffskrieg auf Serbien im Frühjahr 1999 permanent im Kriegszustand.

Das steinere Mahnmal ist in neun Jahren unbeanstandet ein viel beachtetes Kulturdenkmal geworden. Anfang 2008 verlangte die Stadtverwaltung im Zuge von Umgestaltungsmaßnahmen die Entfernung der Steine. Eine Begründung wurde erst Anfang Juli geliefert: Der »besonderen Würde und Bedeutung« des Holocaust-Mahnmals, das an die Ermordung der hannoverschen Juden erinnert, werde der Bezug, den der Steinkünstler Behere mit seinem Anti-Kriegs-Mahnmal herstelle, nicht gerecht.

Dagegen das Friedensbüro: »Die Losung der überlebenden Antifaschisten lautete 1945 nicht zufällig: »Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!« Beide Aussagen stehen in einem nicht auflösbaren Zusammenhang.«

Auch andere Bürger wandten sich mit Protestschreiben an die Stadt. Als der Künstler, sein Anwalt Hermann Bleinroth und das Friedensbüro die Angelegenheit in einer Pressekonferenz publik machten, lenkte die Stadtverwaltung ein: die »Friedensteine« dürfen vorerst bleiben – möglicherweise wird nach einem anderen Standort für sie gesucht. Druck tut also weiter not.

**Unterstützungsschreiben bitte senden an: Friedensbüro Hannover e.V. c/o Hermann Bleinroth, Wiesenstr. 31, 30169 Hannover; E-Mails an: hermann.bleinroth@freenet.de**

## Geld für Friedensarbeit

Kaum jemand nimmt es wahr. Doch seit 1999, dem Nato-Angriff auf Serbien (»Kosovo-Krieg«) befindet sich Deutschland fast permanent im Krieg. Dagegen versucht die Friedensbewegung, Aufklärungsarbeit zu leisten und mobil zu machen. Für diese Arbeit wird Geld gebraucht. Das Friedensbüro Hannover e.V. (Maschstr. 24, 30169 Hannover) bittet deshalb um Spenden. Diese sind steuerlich absetzbar, da das Friedensbüro als gemeinnützig anerkannt ist.

**Spendenkonto:**  
Friedensbüro Hannover e.V.  
Kto.-Nr. 77 49 308  
BLZ 250 100 30

► Fortsetzung

nicht ohne Verbündete in die zivile Parklandschaft wagen. 2005 gab es den ersten öffentlichen Protest von einigen Wenigen, die sich unangekündigt mit Transparenten vor den Haupteingang zum Sommerbiwak stellten bis sie von Feldjägern gewaltsam vertrieben wurden. Auch der Knopf zum Ausschalten des piependen Megaphons wurde nicht versucht zu finden; Feldjäger sind es scheinbar gewohnt erst einmal drauf zuschlagen – mehr als ein verbeultes Gerät kam dabei jedoch nicht heraus.

Während wir vor vier Jahren am Anfang standen mit den Protesten, ist der Widerstand heute gewachsen, hat sich ausgeweitet und ist vielfältiger geworden. Im Jahr 2007 hat es schon im Vorfeld eine offizielle Anfrage der Fraktion »Die Linke« im Rat Hannover gegeben zur Patenschaft der Stadt Hannover mit der 1. Panzerdivision, begleitet von einer Protestaktion im Rathaus. Es hat zwei Fahrraddemonstrationen gegeben und viele unterschiedliche Gruppen haben den Widerstand auf ihre Weise vorangetrieben. 2007 gab es am Abend des Biwaks zwei Demonstrationen, mit denen wir von verschiedenen Seiten zum Kundgebungsort kamen. Dort konfrontierten wir die geladenen Gäste damit, was es heißt, eine »Armee im Einsatz« nicht nur zu dulden,

sondern zu unterstützen. Aber auch die Polizei regte sich nach Kräften und versuchte, die Proteste so weit wie möglich einzuschränken und zu behindern, wo es nur möglich war. Auch im Jahr 2008 werden wir mit hoffentlich vielen Anderen zusammen das traute Miteinander von Paten und Patenkindern vermiesen. Der antimilitaristische Aktionskreis Hannover plant einen ganzen Aktionstag, um auf vielfältige Weise dem Protest Ausdruck zu verleihen. Im FZH Lister Turm wird ein »Friedensbiwak« stattfinden mit Kultur und Politik, umrahmt von zwei Demonstrationen, begleitet von vielerlei Aktionen gegendas militaristische Spektakel.

Weil wir nicht wollen, dass die Welt so bleibt wie sie ist, lehnen wir die weltweiten Interventionen der Bundeswehr ab. Weil wir diese Interventionen ablehnen, wollen wir die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr untergraben. Und um das zu tun, wollen wir die VeranstalterInnen und BesucherInnen des Sommerbiwak am HCC mit dem konfrontieren, was Krieg bedeutet, ihnen die gute Laune vermiesen, dem militaristischen Spektakel und trauten Miteinanders der Krieger und Kriegerinnen die gesellschaftliche Akzeptanz entziehen.

**Das Sommerbiwak wird nicht mehr normal sein. Es wird unter Protest stattfinden und es wird unter dem Schutz der Polizei stattfinden.**



## Mehr Geld für Krieg

**W**ussten Sie schon? Die Ausgaben für Rüstung stiegen weltweit im Jahr 2007 auf 1339 Milliarden Dollar (858 Milliarden Euro).

45 Prozent davon – 547 Milliarden Dollar – haben die USA ausgegeben. Jeweils 5 Prozent Großbritannien und China, jeweils 4 Prozent Japan und Frankreich.

An sechster Stelle mit 36,9 Milliarden Dollar kommt schon die BRD. Wen wundert es eigentlich noch, dass »kein Geld« da ist für Kindergärten, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, und noch weniger Geld für eine anständige Bezahlung der dort Arbeitenden?

**Wussten Sie schon?** In der Periode von 2003 bis 2007 steht Deutschland an dritter Stelle der weltweit größten Exporteure für Rüstungsgüter mit einem Anteil von 10 Prozent. Und der Anteil wächst. 2007 waren es schon 14 Prozent. Wundert es da wen, wenn eine Einschränkung von Produktion oder Export von Waffen wie z.B. Streubomben oder Landminen immer nur gegen den erbitterten Widerstand der deutschen Delegation beschlossen werden kann – wenn überhaupt.

**Wussten Sie schon?** Im Artikel 28 des Vertrags von Lissabon wird wiederholt, was bereits im gescheiterten Verfassungsvertrag stand: »Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.« Wenn der Vertrag gültig wird, ist eines klar: Abrüstung, besonders dann, wenn diese ernst gemeint ist, stößt auf juristische Probleme. Warum auch immer die Iren den Vertrag abgelehnt haben – sie haben recht!

**Wussten Sie schon?** Die Einsätze der Bundeswehr schaffen Sachzwänge. Jeder neue Einsatz offenbart neue Ausrüstungsdefizite, die dann wieder

mit neuen Aufrüstungsprojekten behoben werden sollen, nur um festzustellen, dass diese ebenfalls nicht ausreichen. Schon der jetzt absehbare »zusätzliche« Rüstungsbedarf wird zu weiteren Erhöhungen des Rüstungsetats führen. Bedenkt man, daß allein die genannten und weitgehend durch Verträge abgesicherten Projekte zusammen etwa 80 Milliarden Euro kosten werden, dann wird klar, mit welchen finanziellen Dimensionen hier zu rechnen ist.

Um Rüstungsprogramme finanzieren zu können, wird durch Exporte der Stückpreis von Rüstungsgütern gesenkt. Ein Verkauf in andere Länder wird bei den meisten neuen Projekten eingeplant. Rüstungsexporte – besonders in Krisengebiete – erhöhen jedoch das Kriebsrisiko weltweit und schaffen wiederum neue Absatzmärkte für die Rüstungsindustrie. Durch Kriege und Besetzung werden Probleme dieser Welt nicht gelöst, sie sind selbst Teil des Problems und verschlingen die Ressourcen, die dringend benötigt werden, um Menschen in Krisengebieten faire Entwicklungschancen zu eröffnen. Da die politisch Verantwortlichen zur Zeit offensichtlich weder Willens noch in der Lage sind, aus der Kriegs- und Rüstungsspirale auszustiegen, muss der Druck für Abrüstung und Abzug aus den Auslandseinsätzen von unten kommen: national und international vernetzt, hörbar und entschieden.



## Zivilcourage in der Bundeswehr

**D**ie deutsche Regierung war angeblich gegen den Irakkrieg. Das hinderte die Bundeswehr nicht daran, diesen auf vielfältige Weise zu unterstützen. Der Computerspezialist Major Pfaff sollte Programme entwickeln, die im Irakkrieg genutzt werden sollten. Er verweigerte den Befehl mit dem Verweis auf das verfassungsmäßige Verbot von Angriffskriegen sowie das Völkerrecht. Die Folge: Degradierung, Untersuchung seines Geisteszustands. Die Entlassung drohte. Doch das Bundesverwaltungsgericht stellte ebenfalls fest, dass eine Unterstützung des Irakkriegs völkerrechtswidrig ist (Urteil vom 21.5.2005). Die Bundeswehr bescheinigte dem Major nun, er sei »aus den anerkannten Gewissensgründen« nur »eingeschränkt

verwendungsfähig« und verweigerte die regulär anstehende Beförderung.

Soll wohl heißen: SoldatInnen, die das Grundgesetz achten, sind in der Bundeswehr nicht erwünscht.

Major Pfaff ist einer der wenigen, die den Mut aufbrachten, ihre Grundrechte auch als SoldatInnen wahrzunehmen. Ein anderer Fall ist Oberstleutnant Jürgen Rose. Rose hatte bei seinen Vorgesetzten die Mithilfe beim anstehenden Tornado-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verweigert und den Antrag gestellt, um weiteren Aufgaben im Zusammenhang mit dem Auftrag entbunden zu werden. Um eine ähnliche Pleite wie bei Major Pfaff zu vermeiden, wurde seinem Wunsch innerhalb von drei Tagen entsprochen. Politiker von CDU und SPD forderten seinen Ausschluss aus der Armee.

Christiane Ernst-Zettl arbeitete 2005 als Sanitätsfeldwebel im Feldlazarett der ISAF-Mission in Afghanistan. Ihr wurde vom Kommandeur der Einrichtung das Ablegen der Rot-Kreuz-Armbinde befohlen, um Sicherheitsaufgaben im Feldlager als Kombattan-

tin zu übernehmen. Sie verweigerte den Befehl, da nach dem Genfer Abkommen das Ablegen des Schutzzeichens in bewaffneten Konflikten für NichtkombattantInnen wie ÄrztInnen ausdrücklich verboten ist. Allein für ihre Meldung und den Versuch, sich an die Genfer Konventionen zu halten, wurde die Soldatin mit einer Disziplinarbuße von 800 Euro belegt und nach Deutschland zurückgeführt. Die Beschwerde beim Truppendienstgericht gegen die Maßnahme blieb erfolglos, da es sich in Afghanistan nicht um einen bewaffneten Konflikt handeln würde. Aus formalen Gründen lehnte das Bundesverwaltungsgericht eine Klage zur Verhandlung ab. Offenbar sollte ein Exempel statuiert werden, um SoldatInnen abzuschrecken, die sich in ähnlicher Weise mit rechtlichen wie moralischen Implikationen ihres Handelns auseinandersetzen könnten.

Diese drei Beispiele zeigen, dass es Bundeswehr und Regierung nicht mögen, wenn SoldatInnen ihre Rechte wahrnehmen und ihrem eigenen Gewissen folgen. Wer nicht pariert wird sanktioniert.

## NATO 2009 – fit für eine kriegerische Zukunft

**I**m April 2009 feiert die NATO ihren 60sten Geburtstag. Ein Nebeneinander von Festakten und Kriegsplanung – und eine Menge falsches Lächeln der Regierungschefs, während in den Hinterzimmern daran gearbeitet wird, die NATO weltweit noch schlagkräftiger zu machen.

Der Jubiläumsgipfel wird im französischen Straßburg und in der deutschen Kleinstadt Kehl stattfinden. Obwohl nur vom Rhein getrennt, wird sich das Treffen in den beiden Städten recht unterschiedlich präsentieren. In Kehl soll vor allem der Festakt stattfinden und das Bild eines zufriedenen und erfolgreichen Militärbündnisses zur Schau gestellt werden. Am EU-Standort Straßburg gibt es genügend Infrastruktur, um eine große Konferenz abhalten zu können. Dort wird die strategische Richtlinie der NATO-Staaten für die kommenden Jahre festgelegt und ein globaler Kriegskurs beschlossen werden.

Die zu beschließenden Vorschläge liegen bereits ausgearbeitet auf dem Tisch.

Die NATO soll zukünftig atomare Erstschläge ausführen dürfen. Im NATO-Papier heißt es: »Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.« Eine groteske Logik, die Verbreitung von Atomwaffen durch deren Ersteinsatz verhindern zu wollen.

Die NATO hat bereits einstimmig, d.h. auch mit der Unterstützung der deutschen Bundesregierung, beschlossen, Planungen für ein NATO-Raketensystem in Auftrag zu geben, das zusätzlich zum US-Raketensystem in Osteuropa aufgestellt werden soll. Da die Raketensysteme die Hauptaufgabe haben, eine Zweitschlagsfähigkeit potentieller Konkurrenten zu verhindern, ist das Raketenabwehrsystem entgegen aller Behauptungen keine Defensiv-, sondern eine Offensivwaffe.

Es sollen zivile Kapazitäten dauerhaft dem Kommando und der Oberhoheit des Militärs unterstellt und für eine militärische Interessensdurchsetzung instrumentalisiert werden.

Im diskutierten Strategiepapier heißt es: »Die NATO benötigt mehr nicht-militärische Fähigkeiten, [...] die Teil einer integrierten Strategie sein müssen: eine in der nicht-militärische Mittel mit maximaler Präzision, Exaktheit und Integration koordiniert und disloziert werden.«

Kroatien, Albanien, die Ukraine, Georgien und Mazedonien (sobald der Namensstreit mit Griechenland geklärt ist) werden ab nächstem Jahr in die NATO aufgenommen.

Frankreich will vollständig zurück in die NATO-Strukturen, was die Beendigung der 40jährigen Abwesenheit dieses Landes von den militärischen Strukturen der NATO bedeuten würde. Ein NATO-Gipfel in Straßburg macht sich da natürlich gut.

Das Strategie-Papier, das auf dem Gipfel 2009 beschlossen werden soll, mahnt außerdem eine tief greifende Reform der NATO-Strukturen an. Vier Vorschläge stechen dabei besonders hervor:

1. Die Mitgliedsstaaten sollen sich entscheiden, ob sie vollständig an einem Einsatz teilnehmen wollen oder nicht. Es soll keine eingeschränkte Beteiligung an NATO-Kriegen mehr geben (z.B. Bundeswehreinsatz nur in Nord-Afghanistan).
2. Das bisher gültige Konsensprinzip soll abgeschafft werden, weil es die rasche und vor allem widerspruchsfreie Kriegsführung extrem behindert. »Deshalb schlagen wir [...] vor, dass die NATO das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rates aufgibt und auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführt.«
3. Nur wer Krieg führt, soll mitbestimmen. Zwar kann kein Mitgliedstaat dazu gezwungen werden, sich an militärischen

► Fortsetzung nächste Seite



In Hannover gibt es ab September 2008 wieder eine reguläre KDV-Beratung. Jeden ersten Dienstag im Monat von 18.30 – 19.30 findet die KDV-Beratung der DFG-VK Hannover im Pavillon (Raschplatz) statt. E-Mail: hannover@dfg-vk.de – Homepage: hannover.dfg-vk.de

## ► Fortsetzung

Aktionen der NATO zu beteiligen. Wer dies jedoch ablehnt, soll künftig auch kein Mitspracherecht mehr haben: Es wird vorgeschlagen, »dass nur die Staaten, die zu einer Mission beitragen – das bedeutet militärische Kräfte in einer Militäroperation – ein Mitspracherecht bezüglich dieser Operation erhalten.«

Zuletzt plädieren die NATO-Planer dafür, den Rahmen für die völkerrechtlich legale Anwendung militärischer Gewalt um das Instrument der humanitären Intervention zu erweitern und derartige Interventionen – wie 1999 am Beispiel des Angriffskriegs gegen Jugoslawien vorexerziert – auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates durchzuführen: »Zusätzlich zum offensichtlichen Fall der Selbstverteidigung erachten wir die Anwendung von Gewalt auch bei Abwesenheit einer Autorisierung durch den UN-Si-

cherheitsrat als legitim, wenn die Zeit nicht ausreicht, ihn zu involvieren oder sich der Sicherheitsrat als unfähig erweist, zeitnah eine Entscheidung zu treffen [...]«

Zusammengenommen schlagen die NATO-Planer damit nicht weniger als einen fundamentalen Formwandel der NATO vor. Hierfür sollen die internen Bündnisprozesse so reformiert werden, dass die Kriegsführung künftig möglichst effektiv und widerspruchsfrei über die Weltbühne gehen kann.

Das wird nicht ohne Widerstand bleiben!

Bereits jetzt wird Protest gegen die NATO-Konferenz in Straßburg und Kehl organisiert.

Bundesweit schließen sich Menschen zusammen, um Widerstand gegen den Kriegsgipfel zu planen.

Gegen die Kriegspolitik der mächtige NATO-Staaten hilft keine einzelne Demonstration. Das wissen alle Beteiligten. »Wenn es

aber gelingt – und daran wird gearbeitet – eine große internationale Mobilisierung mit Beteiligten aus ganz Europa als kraftvolles Zeichen gegen die NATO auf die Straße zu bringen, dann wird sichtbar, dass nicht Alle bereit sind, dem Weg in den permanenten globalen Krieg mitzumachen. Wenn es zudem gelingt, durch vielfältige Aktivitäten im lokalen Bereich der Kriegspolitik etwas entgegenzusetzen, wäre nächstes Jahr ein großer Schritt für eine europaweite antimilitaristische Bewegung möglich.« So eine hannoversche Sprecherin der NATO-Gegner.

2009 werden wichtige Weichen gestellt. Das gilt für eine immer offensivere Kriegspolitik der NATO. Das gilt aber auch für alle Versuche, dem etwas entgegenzusetzen. Die Proteste in Straßburg und Kehl können ein Meilenstein für eine Kampagne werden: **Die NATO muss aufgelöst werden!**



## Endlich wirklich mit dabei

### Quick Reaction Force – Deutschland schickt wieder eine Kampftruppe an die Front

Am 3. Juni verabschiedete Bundesverteidigungsminister Jung das 17. deutsche ISAF-Kontingent von 1200 Männern und Frauen

zum Einsatz in Nordafghanistan. Diesmal mit dabei: 200 Soldaten für die schnelle militärische Intervention – die Quick Reaction Force (QRF). Die QRF hat die Aufgabe, den so genannten Regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Team – PRT) zur Hilfe zu eilen, wenn deren Tätigkeit auf Widerstand stößt. Sie soll, wie die Bundeswehr formuliert, als »robuste Reserveeinheit« militärisch »unterstützen«. Im Klartext heißt das, wenn »die empfindliche Sicherheitslage in Gefahr gerät«, wird zur Durchsetzung der Ziele das PRT, bzw. das ISAF, mit Waffengewalt in »offensiven Missionen« ein- und angreifen, um den jeweiligen Widerstand zu zerschlagen oder auszulöschen.

Die Deutschen treten damit das Erbe norwegischer Truppen an, die diese Aufgabe zuvor für zwei Jahre übernommen hatten. Gerade deren Einsatzgeschichte verdeutlicht, dass es wohl kaum bei dem offiziell zugrunde gelegten Einsatzgebiet im Norden bleiben wird, sondern nunmehr den »Kameraden und Kameradinnen« der USA, Großbritanniens und Kanadas Waffenhilfe im Süden des Landes geleistet werden wird. Diese Truppe werden die deutschen Truppen ersetzen, was not-

wendigerweise auch für die deutschen Soldaten bedeutet: mobiler Waffeneinsatz im ganzen Land. Kriegsminister Jung schloss bei seinen Geleitworten zur Verabschiedung den Einsatz im Süden nicht mehr aus.

Nach dem Kommando Spezialkräfte (KSK), das schon mit Kriegsbeginn – weitgehend unbeobachtet – im permanenten Kampfeinsatz zu Feinden erklärte Afghanen und Objekte suchte und als Ziele zerstörte und deren Aktivitäten am Hindukusch bis heute nicht offen gelegt sind, wird nun wieder eine deutsche Truppe an die Front geworfen. Das Prestige wie auch der reale politische Gewinn durch die Bereitstellung der Sondereinheit wird für die Bundeswehr beträchtlich sein und auch zur Stabilisierung der Position Deutschlands im Machtgefüge der NATO beitragen. Hinzu wird zukünftig noch ein weiteres treten: Eine offizielle Eliteeinheit kann werbewirksam zur Aufpeppung der »langweiligen« Bundeswehr dienen, dabei identitätsstiftend wirken und so einen Beitrag zur Verpflichtung neuer Rekruten leisten. Eine entsprechende Bewerbung dieses mörderischen Abenteuers, da können wir sicher sein, werden wir demnächst erleben.

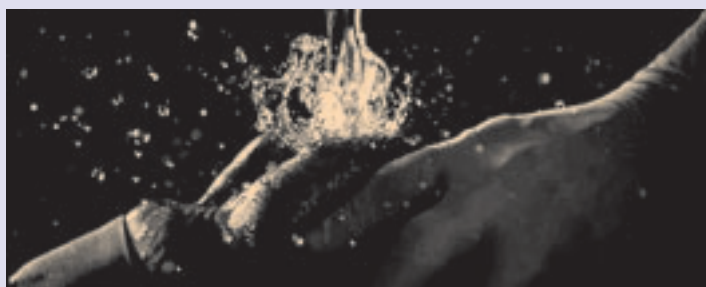
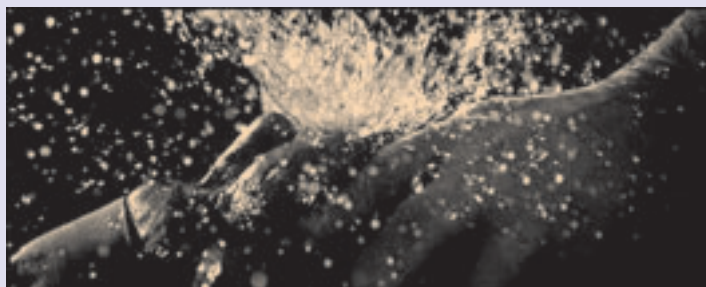
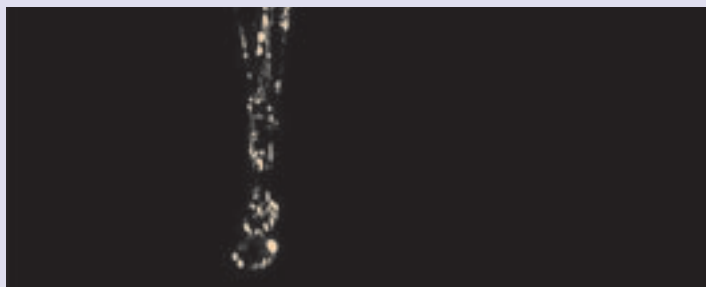
# Die Menschenrechtskrieger

## Stolz und Horror

VON DIETRICH KITTNER

Jeder Fernsehkonsument weiß: Horror ist in. Sanfter wie harter. So gesehen haben wir seinerzeit George W. Bush mit seinem Tony, Schröder, Fischer, Scharping & Co wohl doch unrecht getan, wenn wir ihnen 1999 bei ihrem Angriffskrieg zur Verteidigung der Menschenrechte in Jugoslawien unlautere, ja verbrecherische Motive unterstellten. Heute wissen wir, dass nach Übernahme der Verwaltung durch NATO, KFOR, UMNİK und die albanische Drogenhandelsbefreiungsfront UCK im Kosovo Recht und Ordnung herrschen. Inzwischen belegbar konnten sogar einige Hundert Menschen direkt vor dem Tode gerettet werden. Die eher westlich orientierte Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat nach eigenen Recherchen jetzt die Darstellung der – übergroßer Serbenfreundlichkeit keinesfalls verdächtigen – ehemaligen Milosevic-Chefanklägerin Carla del Ponte bestätigt, wonach gleich nach Einmarsch der NATO-Truppen ins Kosovo bis zu 300 Serben und Roma verschleppt und dann in einem illegalen »Transplantationszentrum« zum Zwecke der Organentnahme regelrecht ausgeweidet worden seien. Die menschlichen »Ersatzteile« seien danach sofort per Flugzeug von Albanien aus exportiert worden. Was mit dem Restmüll geschah, ist nicht bekannt.

Setzt man voraus, dass jeder der – zugegeben unfreiwilligen – Spender jeweils sowohl zwei Nieren als auch Herz und Leber geliefert hat, so werden Hunderte, meist wohl sehr reiche Patienten dem Befreiungsangriffskrieg ihr Leben verdanken. Denn im seinerzeit vom Unrechtsstaat Jugoslawien unterdrückten Kosovo wäre solch humanitäre Aktion freihändlerischen Organhandels nicht möglich gewesen. Was zählen dagegen schon die unter Schirmherrschaft der NATO verursachten Kollateralschäden (bisher 685 ermordete Serben, Roma und Juden, 17 736 abgefackelte Serbenhäuser, 119 zerstörte orthodoxe Kirchen und Klöster)? Da ist man wieder



richtig stolz, ein Deutscher zu sein! Hat unsere brave Bundeswehr doch tatkräftig mitgeholfen, eine »ethnische Säuberung zu stoppen«.

Dies nur zur Erinnerung, wenn wir demnächst zum neunten Mal den Jahrestag unseres Sieges über die Unmenschlichkeit feiern dürfen. Für den schönen Grusel haben unsere Medien ja Franz F. aus Amstetten.

## Folter im Kino

Wasser ist schön. Kristallklar fliegt ein kräftiger Strahl durch die Luft. Die Kamera fängt die glitzernden Tröpfchen gestochen scharf ein. Bilder aus einer Kinowerbung, wie wir sie tausendfach kennen. Doch dann kommt der Schock. Das Wasser sammelt sich im Mund eines tonlos schreienden Mannes, im Kampf gegen das Ertrinken zittern seine an eine Bahre gefesselten Arme.

Es ist eine Szene der Foltermethode »Waterboarding«, die auch von den US-Amerikanern angewendet wird. Mit einem 90 Sekunden langen Spot vor dem Hauptfilm im Kino konfrontiert Amnesty International seit Mai Besucher in britischen Kinos mit der Realität. Amnesty will schockieren und zu Protesten gegen die Folterer animieren, die ihre Kriege und rausamenkeiten ja angeblich im Namen der Durchsetzung der universellen Menschenrechte führen.

»Der Film zeigt das, was der amerikanische Geheimdienst gerne geheim halten würde – den Anblick eines fast ertränkten Menschen«, sagt Kate Allen, Direktorin von Amnesty International in Großbritannien. »Für ein paar Sekunden haben die Produzenten des Films die Waterboarding-Methode tatsächlich praktiziert.« Bei dieser Praxis wird einem Gefangenen, der festgeschnallt wird, so lange Wasser über Mund und Nase geschüttet, bis er keine Luft mehr bekommt und die Lungen sich mit Wasser füllen.

Menschenrechtler fordern seit langem, dass die USA diese Foltermethode einstellen. US-Präsident George Bush hat sie aber ausdrücklich zugelassen.

## Afghanistan Kongress in Hannover

VON RALF BEHRENS

Am 7. und 8. Juni 2008 fand in Hannover ein Afghanistan Kongress unter dem Motto »Truppen raus aus Afghanistan« statt. Etwa 400 TeilnehmerInnen besuchten die Vorträge, Workshops und Diskussionsforen zu Themen wie historische Entwicklung und aktuelle Lage Afghanistans, den verschiedenen Widerstandsbewegungen in Europa und den USA und Möglichkeiten einer friedlichen und demokratischen Entwicklung. Als ReferentInnen waren sowohl VertreterInnen der afghanischen Zivilgesellschaft wie auch PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen, VertreterInnen der Friedensbewegungen und Deserteure aus ganz Europa und den USA zu Gast. Prof. Qureischie (ehemals Universität Kabul) und Fr. Zoya (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan, RAWA) formulierten dort als Teil der afghanischen Zivilgesellschaft recht klar, dass ein Ende der Besatzung und ein Truppenabzug die Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung seien. Während des sieben Jahre andauernden Krieges in Afghanistan wurde keines der vorgegebenen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschen-

rechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist zurückgegangen. Für den Krieg wird ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden.

In seiner Abschlusserklärung machte der Kongress noch einmal klar: »Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegsführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern, das Land weiter zu destabilisieren,« und die »Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.« Außerdem erklärten sie ihre Unterstützung für Soldaten die den Dienst verweigern und riefen zu bundesweiten Demonstrationen gegen die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes, unter anderem am 20. September in Berlin und Stuttgart, auf.

**Die komplette Abschlusserklärung des Kongresses findet ihr unter: antimilitarismus.blogspot.de/berichte**  
**Die Seite des Kongress: www.afghanistan-kongress.de**

# Aktionstag am Freitag, 22. August 2008

Um **17 Uhr** starten wir mit einer **Kundgebung** vor dem HCC (Theodor Heuss Platz), von dort aus geht

ab **19 Uhr** ein **Demonstrationszug** durch Zooviertel und Oststadt zum FZH Lister Turm

Dort beginnt bereits um **19.30 Uhr** das »Friedensbiwak« mit Politik und Kultur gegen die Propaganda der MilitaristInnen  
Ein Raum zum kennenlernen, relaxen, genießen und diskutieren mit LifeMusik, VoKü und Informationen der beteiligten Gruppen  
Eintritt frei – wer kann, darf spenden ...

Bisher zugesagt:  
Musik von **Freedom Development Crew Sölter / Kierlies**  
**Wulf Hühn**  
»lifedabei« mit Vera und Peter aus Bautzen  
Lesung mit **Hubert Brieden**  
Zum Einsatz von Uranmunition:  
**Ljiljana Verner (IPPNW)**

Um **22 Uhr** geht ein zweiter **Demonstrationszug** durch Oststadt und Zooviertel vom FZH Lister Turm zum Stadtpark /HCC

**Zu den Aktionen rufen auf:** AK Antimilitarismus in Alerta • AK Regionalgeschichte • AnGrY (Anarchist Group of Young People) • Antifaschistische Aktion Hannover (AAH) • Anti-G8 Soligruppe • Attac Hannover • Avanti Hannover • DFG-VK Hannover • DKP Hannover • Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover • Friedensbüro Hannover e.V. • Infoladen Kornstraße • Kino im Sprengel • Rote Aktion Kornstraße (RAK) • Schwule Sau • SDAJ Hannover und Landesverband Niedersachsen • SOLID

weitere Informationen:  
**www.antimilitarismus.blogspot.de**  
**www.friedensbuero-hannover.de**

## Keine Feier mit der 1. Panzerdivision Kein Frieden mit der Bundeswehr

ANTIMILITARISTISCHER AKTIONSKREIS  
HANNOVER

► **Am 22.8. findet im Stadtpark am Hannoverschen Congress Centrum das 35. Sommerbiwak der 1. Panzerdivision statt.**

Die erste Panzerdivision ist nicht irgendeine Truppe des deutschen Heeres.

Sie ist mit der Umgestaltung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee die Eingreifdivision des deutschen Heeres geworden. Sie ist demnach zuständig für Angriffskriege.

Dafür ist die Divisionsstärke von 10.000 auf 19.000 SoldatInnen aufgestockt worden. Um die Einsatzfähigkeit zu erhöhen, besteht die Division fast ausschließlich aus Berufs- und ZeitsoldatInnen.

Momentan sind 4.500 dieser SoldatInnen auf drei Kontinenten im Auslandseinsatz. Die »Schnelle Eingreiftruppe«, mit der BRD ihren Afghanistan-Einsatz ausweitete, setzt sich aus Einheiten der 1. Panzerdivision zusammen.

Aber auch im Inneren ist die 1. Panzerdivision an vorderster Front: Fennek-Spähpanzer waren im Juni 2007 rund um den G8-Gipfel gegen GlobalisierungskritikerInnen im Einsatz.

► **Was ist das Sommerbiwak?**

Ein rauschendes Fest der 1. Panzerdivision soll es sein: Mit einer bunten Mischung aus Kleinkunst, Bühnenshow, Tanz, Illumination und pompösem Feuerwerk wollen 6.500 geladene Gäste aus Militär, Politik und Wirtschaft feiern. Wohl unvermeidlich sind auch die Grußworte von Hannovers Oberbürgermeister Weil, in denen er die Verbundenheit der

Bevölkerung mit der 1. Panzerdivision behaupten wird. Denn Hannover ist deren Patenstadt. Hannover ist die einzige Landeshauptstadt, die derart innige Beziehungen zu einem Großverband der Bundeswehr pflegt – was eines gewissen Zynismus nicht entbehrt: ist sie doch gleichzeitig Partnerstadt von Hiroshima und Mitglied des BürgermeisterInnenverbandes »Mayors für Peace«.

Damit das Ganze auch finanziert werden kann, bedarf es noch einer Reihe von Werbesponsoren. Mit dabei sind derzeit sowohl die Volkswagen AG und die Herrenhäuser Brauerei als auch öffentliche Betriebe wie der Großraum Verband Hannover.

► **Warum findet dieses Fest statt?**

Eine Armee im Einsatz, so sagen es Militärs und ihre SoziologInnen selbst, braucht die aktive Unterstützung der Bevölkerung.

Um diese Unterstützung zu bekommen, lässt sich die Bundeswehr eine Menge einfallen: von Beach-Volleyball-Turnieren bis zu öffentlichen Gelöbnissen, von Tagen der offenen Tür bis zu Auftritten auf Messen und Marktplätzen. Nicht zu vergessen die Werbeveranstaltungen an Schulen und Arbeitsämtern, bei denen sie sichere Jobs mit guter Bezahlung verspricht. Der Sinn des Sommerbiwaks ist es, immer wieder die aktive Unterstützung der gesellschaftlichen Eliten für das deutsche Militär zu demonstrieren.

Hannovers ehemaliger Oberbürgermeister Schmalstieg hat dies in seinem Grußwort einmal so zusammengefasst: »Dieser Rahmen ist alljährlich ein hervorragender Anlass, die guten Kontakte zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Politik noch weiter zu vertiefen.«

**Wer also meint »Sollen sie doch besser feiern als Krieg führen«, der irrt. Sie feiern, damit sie Krieg führen können!**

► **Wozu intervenieren Sie?**

Die Transformation der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee ist weder dem Zufall noch dem bösen Willen einzelner PolitikerInnen geschuldet. Angesichts knapper werdender Ressourcen und einer Weltwirtschafts-(un-)ordnung, die für immer größere Teile der Welt Hunger und Elend bereit hält, etabliert der »Westen« unter dem Vorwand der Terrorabwehr eine Sicherheitsarchitektur, die zunehmend militarisiert wird. Die Abschottung nach Außen – mit Grenzregimen, Zäunen, Mauern und Lagern – korrespondiert dabei mit weltweiten Interventionen, die den Zugriff auf »unsere« Rohstoffe und die Freiheit der Handelswege sichern sollen. Zivile Möglichkeiten der Entwicklungshilfe und der Politik werden zunehmend an die militärischen Erfordernisse angepasst und diesen untergeordnet. Humanitäre Anliegen verkommen zur bloßen Propaganda, denn diese Sicherheitsarchitektur hält die weltweiten Verhältnisse, die Hunger und Elend hervorbringen, aufrecht, statt sie zu verändern.

Die weltweiten Interventionen sind Teil des Problems, nicht dessen Lösung. **NICHT IN UNSEREM NAMEN!** An vielen Orten hat die zunehmende Militarisierung zu zunehmendem Widerstand geführt. Um nur einige Beispiele zu nennen:

In der Kyritz-Ruppiner Heide hat der kontinuierliche Protest Tausender das Entstehen von Europas größtem Bombenabwurfplatz bisher verhindert.

In München demonstrieren Jahr für Jahr Zigtausende gegen die NATO-Sicherheitskonferenz.

Gegen Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr in Arbeitsagenturen leistet in verschiedenen Städten die Initiative »Bundeswehr Wegtreten« Widerstand.

Wir haben das Auftreten der 1. Panzerdivision in Hannover

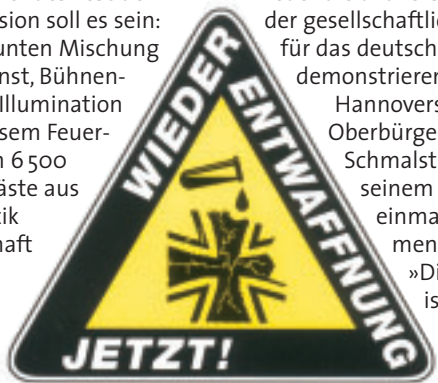
wiederholt öffentlich angegriffen. Wir haben gegen das Sommerbiwak demonstriert, sind gegen ihr Adventskonzert in der Marktkirche vorgewandert, haben gegen die Patenschaft der Stadt Hannover und die feierliche Verabschiedung durch den Landtag protestiert.

Gemeinsam rufen wir auf zu einem Tag des Protestes und der Gegenöffentlichkeit gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision. Mit Kundgebungen, Demonstrationen, einem Friedensfest und Aktionen wollen wir uns der Propagandaveranstaltung für das Militär in Hannover entgegenstellen.

Wir wollen das Militär und seine Gäste bei An- und Abreise mit dem konfrontieren, was sie so gerne verschweigen, aber dennoch tun: Krieg führen!

Wir wollen mit einem »Friedensbiwak« ein Zeichen der Opposition gegen Krieg und Militär setzen. Unsere Freiheit gemeinsam Widerstand zu leisten – werden wir uns nicht nehmen lassen.

Unser Ziel ist es, die 1. Panzerdivision aus der Öffentlichkeit zu drängen, Interventionskriege unmöglich zu machen – letztlich die Bundeswehr abzuschaffen.



### Weblinks

antimilitarismus.blogspot.de/  
Diese Seite soll gruppenübergreifend über den antimilitaristischen Widerstand in Hannover informieren. Sie besteht aus mehreren Unterseiten die verschiedene Aspekte behandeln bzw. Möglichkeiten bieten. Die Unterseite Sommerbiwak 08 informiert über den geplanten Aktionstag gegen Krieg, Militarisierung und das Sommerbiwak am 22. August 2008. Auf der Unterseite 1. Panzerdivision findet ihr Informationen zur Transformation der Bundeswehr im Allgemeinen.  
www.friedensbuero-hannover.de Seite des Friedensbüro Hannover  
www.dfg-vk.de/ Seite der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. »Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.« Diese Grundsatzklärung bestimmt das friedenspolitische Handeln und Wirken der Mitglieder der größten pazifistischen Organisation in der Bundesrepublik mit einer 115-jährigen Geschichte  
www.afghanistan-kongress.de Zum internationalen Afghanistan Kongress in Hannover am 7./8. Juni 2008 – Bundeswehr raus aus Afghanistan!

www.koop-frieden.de/index.html und www.friedenskooperative.de/ Seite der Kooperation für den Frieden, ein umfangreiches Netzwerk von verschiedenen Friedensgruppen. Viele weiterführende links.  
www.imi-online.de/ Die Informationsstelle Militarisierung bietet umfangreiches fundiertes Material und obendrein viele weitergehende links, auch zu den staatlichen Akteuren.

www.bundeswehr-wegtreten.org/ Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer

Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/Welcome.html Seite des Bundesausschuss Friedensratschlag, ein jährliches Treffen zur bundesweiten Koordination der Friedensbewegung.

www.ipnw.de/ »International Physicians for the Prevention of Nuclear War«. Über 200.000 Mediziner und Medizinerinnen setzen sich in über 60 Ländern in allen fünf Kontinenten für eine friedliche, atomtechnologiefreie und menschenwürdige Welt ein.  
www.freieheide-nb.de/ Seit 1992, wehren sich die Menschen in der Region Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide gegen den Plan der Bundeswehr, das zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin gelegene Gelände, als »Bombodrom weiterzunutzen«.

www.no-nato.de und www.sicherheitskonferenz.de/ In Bewegung bleiben! Seiten zu den Aktionen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München.  
www.labournet.de/krieg/antimilit.html Seite zum gewerkschaftlichen Antimilitarismus

www.graswurzel.net/index.html Seite des Netzwerks um die Zeitung Graswurzelrevolution, gewaltfrei, antimilitaristisch, anarchistisch

www.connection-ev.de/index.html Seite des Vereins connection e.V., der international vernetzt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure unterstützt

www.antikriegshaus.de/novar.htm Antikriegshaus, Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit in Lehrte-Sievershausen

www.kampagne.de/ Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär bietet ständig aktualisierte Infos über Wehrpflicht und Militär.

### Antimilitaristisches Camp im Sommer 2008

**Anti-Atomwaffencamp in Büchel**

Am einzigen verbliebenen Atomwaffenstandort in Deutschland planen AntimilitaristInnen für den **23. bis 31. August** Aktionen des zivilen Ungehorsams. Auf dem Fliegerhorst Büchel in der Nähe von Koblenz in Rheinland Pfalz sind zirka 11 bis 20 US-Atombomben gelagert, die insgesamt einer Sprengkraft von 150 Hiroshima-Bomben entsprechen dürften. Die Bundeswehr trainiert hier

außerdem den Einsatz von Atomwaffen mit Tornado Kampfbomben. Es soll versucht werden bei einer gewaltfreien Go-In-Aktion mit möglichst vielen Aktivisten in den Stützpunkt zu gelangen indem man auf unterschiedliche Art und Weise den Zaun überwindet um den reibungslosen Ablauf auf dem Stützpunkt in der Eifel zu stören.

**Weitere Infos unter: [bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org](http://bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org)**

### freude für die kriegshalunken

freude für die kriegshalunken deutschland in afghanistan hurricanes wie götterfunken oben auf der himmelsbahn die verfassung ausgehebelt die den angriffskrieg nicht will auch das kapital vernebelt alle medien schweigen still

freude, schöner götterfunken, tochter aus elysium, wir betreten feuertrunken, himmlische, dein heiligtum! ja – wer auch nur eine seele sein nennt auf dem erdenrund! und wer's nie gekonnt, der stehle weinend sich aus diesem bund.

freude für die kriegshalunken bald schon fliegt die bundeswehr aggressiv und siegestrunken riesige gewinne her hoch von oben werden ziele für die killer ausgespäht für die milliardenspiele werden not und tod gesät

*text: wulf hühn / letzte strophe original von friedrich schiller  
musik: ludwig van beethoven (symphonie nr. 9)*



**Impressum**  
Herausgeber Antimilitaristischer Aktionskreis Hannover v.i.S.d.P. Brunhild Müller-Reiss, c/o Friedensbüro Hannover e.V., Maschstr. 24, 30169 Hannover, Tel. 0511 / 88 32 32, [www.friedensbuero-hannover.de](http://www.friedensbuero-hannover.de) Layout Tanja Beck  
Druck Druckhaus A. Schlaeger GmbH & Co. KG, Woltorfer Str. 116, 31224 Peine  
Der Antimilitaristische Aktionskreis ist ein politisches Netzwerk in der Region Hannover, das allen KriegsgegnerInnen offen steht. Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht.  
Getragen wird der Aktionskreis zurzeit von den hannoverschen Organisationen / Gliederungen / Basisgruppen von: Attac, Bündnis für die Zukunft – Pazifistische Partei, Die Linke, Die Linke – Kreisverband Region Hannover, DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen), DKP (Deutsche Kommunistische Partei), Friedensbüro Hannover e.V., Hiroshima-Bündnis, Kommunität Friedenshof, Linksjugend solid, MLPD (Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands), Querkunst Hannover, RAK (Rote Aktion Kornstraße), VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen)  
Mit freundlicher Unterstützung des ASTA der Universität Hannover